



EIN NEUES ZEITALTER FÜR DEFENCE PROCUREMENT?

Kampfpanzer Panther KF51: Europas Rüstungslandschaft steht vor Umwälzungen

Die österreichische Rüstungslandschaft steht vor tiefgreifenden Umwälzungen. Getrieben von geopolitischen Verschiebungen, sicherheitspolitischer Neubewertung und strukturellen Lehren aus der Vergangenheit, formiert sich rund um das Thema Defence Procurement ein neuer Ordnungsrahmen. Was das für Gegengeschäfte, Government-to-Government-Deals und die Einbindung heimischer Zulieferer bedeutet, analysieren Manfred Essletzbichler und Philipp J. Marboe von der Rechtsanwaltskanzlei Wolf Theiss.

Die Eurofighter-Affäre lag über Jahre wie ein lähmender Schatten auf Österreichs militärischer Beschaffung. Gegengeschäfte – einst übliche Praxis – galten seither als verbrannt. Und auch zuletzt sorgte ein militärisches Beschaffungsverfahren für Schlagzeilen. Die Grünen orten Ungereimtheiten bei der Beschaffung der Leonardo M-346FA Unterschall-Jets (siehe Kasten Seite 26). Grundsätzlich aber gelte: Gegengeschäfte „sind international gebräuchlich und keineswegs diskreditiert“, sagt Manfred Essletzbichler, Partner Wolf Theiss. Dass sie nach der bewussten Abkehr im Eurofighter-Kontext nun wieder eingeführt werden sollen, sei folgerichtig. Auch das Bundesministerium für Landesverteidigung signalisiert mittlerweile deutlich, dass derartige Offset-Vereinbarungen künftig wieder fixer Bestandteil von Beschaffungsvorhaben sein sollen.

Für Philipp J. Marboe, Rechtsanwalt Wolf Theiss, ist klar: „Das wird kommen, der Markt erwartet das“. Wichtig sei dabei eine juristisch und administrativ saubere Abwicklung. „Man muss es einfach ordentlich regeln – was ist ein Gegengeschäft, wie wird es bewertet, wie wird es überwacht?“, sagt Essletzbichler. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass fehlende Definitionen, mangelnde Kontrolle und intransparente Kriterien den Boden für Spekulation und Skandale bereiten.

Systembruch durch Government-to-Government-Deals. In Österreich zeichnet sich der Trend ab, größere militärische Anschaffungen nicht mehr über klassische Vergabeverfahren, sondern über sogenannte Government-to-Government-Deals abzuwickeln. Für Marboe eine Konsequenz aus der politischen Scheu nach dem Eurofighter-Skandal: „Man will sich offenbar nicht mehr die Finger verbrennen und spart sich durch diese bilateralen Deals das Vergabeverfahren.“ Für Essletzbichler ist diese Entwicklung ambivalent: „Wir beschaffen in Österreich große Volumina im zivilen Bereich – warum sollen wir nicht auch militärische Güter selbst beschaffen können?“

„Gegengeschäfte sind international gebräuchlich und keineswegs diskreditiert.“

Manfred Essletzbichler,
Partner Wolf Theiss



Problematisch sei dabei insbesondere die Vereinbarkeit von Government-to-Government-Deals mit der Idee von Gegengeschäften. Denn in solchen Konstruktionen ist das andere Land – nicht der konkrete Hersteller – der Vertragspartner. Das mache etwa die Vereinbarung von begleitenden Offset-Programmen kompliziert bis unmöglich. „Ich kann mich schwer mit einem Staat auf Gegengeschäfte einigen, wenn der Lieferant ein Unternehmen ist, das gar nicht Vertragspartei ist“, sagt Essletzbichler. Die Manövrierfähigkeit gehe damit verloren – ein Preis, den man sich laut Marboe sehr genau überlegen müsse.

Regelung statt Regellosigkeit. Dass Gegengeschäfte rechtlich möglich und sinnvoll sind, steht für die beiden Juristen außer Zweifel – sofern sie „transparent, kalkulierbar und kontrollierbar“ gestaltet werden. Marboe betont, dass das Vergaberecht als „Spezialzivilrecht“ dem öffentlichen Auftraggeber großen Spielraum lässt – solange die Grundprinzipien wie Gleichbehandlung und Transparenz gewahrt bleiben. Das bedeutet aber auch: Offset-Deals müssen vorab definiert und klar in die Bewertung von Angeboten einbezogen werden.

Essletzbichler ergänzt: „Es bringt nichts, ein Angebot hoch zu bewerten, wenn man später bei der Vertrags-



ADRIAN FINIGSTONE

Leonardo-Jets: Grüne kritisieren Beschaffungsvorgang

Die Grünen orten Ungereimtheiten beim Beschaffungsverfahren der Leonardo M-346FA Unterschall-Jets.

Unverständlich sei, warum es keine internationale Ausschreibung für die benötigten Trainingsjets gab und warum die Entscheidung ausgerechnet auf den „Luxus-Jet“ des italienischen Herstellers gefallen sei, kritisierte Verteidigungssprecher David Stögmüller. Er forderte Transparenz und warnte vor einem drohenden „Eurofighter-Skandal 2.0“.

Nicht nachvollziehen kann der grüne Abgeordnete die vom Verteidigungsministerium gestellten technischen Anforderungen an die neuen Trainingsjets, welche die 2020 ausgemusterten Trainingsjets Saab 105 ersetzen sollen. Warum sie eine Kampfausstattung und eine Luftbetankung benötigen, ist für Stögmüller „außerordentlich zweifelhaft“, denn Österreich verfüge aktuell über kein Luftbetankungsgerät. Da nur die M-346FA diese Anforderung erfüllen, wirke es so, als sei die Entscheidung für den Jet bereits vor Definition der Kriterien gefallen, stellte der grüne Verteidigungssprecher in den Raum.

Interne Kritik im Verteidigungsministerium. Auch intern habe es im Verteidigungsministerium Kritik an dem Beschaffungsvorgang und der fehlenden internationalen Ausschreibung gegeben, so Stögmüller unter Verweis auf einen Bericht der Internen Revision. Die internen Dokumente aus dem Verteidigungsministerium seien von den Grünen an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) übergeben worden, damit mögliche strafrechtliche Verdachtsmomente aufgeklärt werden könnten. Welche das sein könnten, wollte er zunächst nicht sagen. Sollten die Kriterien maßgeschneidert worden sein, gehe es aber um Korruption, so Stögmüller.

Einen achtlosen Umgang mit Steuergeld und eine „schiefe Optik“ angesichts der angespannten Budgetsituation kritisieren die Grünen auch in Bezug auf den kolportierten Kaufpreis von rund einer Milli-

Gibt es Ungereimtheiten bei der Beschaffung der Leonardo M-346FA Unterschall-Jets?

arde Euro. Andere Länder wie Nigeria oder Polen hätten Leonardo-Flieger deutlich günstiger erworben, meint Stögmüller. Er fordert Aufklärung in parlamentarischen Anfragen an Verteidigungs-, Justizministerium und Finanzprokuratur.

Verteidigungsministerium weist Vorwürfe zurück. Das Verteidigungsministerium hatte bereits nach einem entsprechenden „Standard“-Bericht die Vorwürfe zurückgewiesen. In einer Stellungnahme wurde betont, dass die Typenentscheidung nach der Leitlinie für die Vergabe von Aufträgen zwischen Regierungen in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit erfolgt sei. Die Leistungsbeschreibung entspreche einer neutralen Darstellung der Bedürfnisse des Bundesheeres. In Bezug auf die Kosten wurde darauf verwiesen, dass man sich erst in den Verhandlungen zur Beschaffung befinde, weshalb der genaue Preis und die genaue Ausstattung noch unklar seien. Aufgrund der unterschiedlichen technologischen Ausstattung der Jets sei ein Kostenvergleich mit der Beschaffung anderer Länder jedenfalls nicht sachgerecht.

Zur Kritik der Internen Revision wurde festgehalten, dass es Aufgabe und Wesen einer Revision sei, kritische Fragen zu stellen. Der von Stögmüller und „Standard“ zitierte Zwischenbericht sei vom Sommer 2024. In der finalen Information im Oktober sei kein Fehlverhalten festgestellt worden, so der Leiter der Internen Revision, Generalmajor Hans Hamberger, in der Stellungnahme. In einer seit Anfang 2024 durchgeführten internen Untersuchung durch die Direktion Kontrolle wegen anonym vorgebrachter Hinweise hätten sich zudem die Vorwürfe als teilweise nicht verifizierbar und größtenteils nicht zutreffend herausgestellt.

ÖVP wirft Grünen „Verschwörungstheorien“ vor. Schärfer reagierte ÖVP-Wehrsprecher Friedrich Ofenauer. Er warf den Grünen vor, mit „haltlosen Vorwürfen“ und „Verschwörungstheorien“ „auf den Spuren von Herbert Kickl“ Richtung eines „rabiaten Oppositionskurses“ zu wandeln. Der Ankauf der Flugzeuge sei sachlich begründet und notwendig. Angesichts der noch laufenden Vertragsverhandlungen jetzt schon über eine zu teure Beschaffung zu sprechen, sei „absurd und unseriös“.

Die zwölf bestellten M-346FA Jets werden in Kooperation mit Italien angeschafft. Die zweisitzigen, waffenfähigen Unterschall-Jets sollen für die Ausbildung von Pilotinnen und Piloten, zur Unterstützung der Landstreitkräfte und zur Luftraumverteidigung eingesetzt werden. Die ersten Maschinen werden zwischen 2027 und 2029 in Österreich erwartet. Österreich entschied sich hier für die „FA“-Variante des Jet-Trainers, der auch eine Ausstattungsmöglichkeit mit Bodenangriffswaffen bietet. Mit welchen Waffensystemen dieses neue System ausgeliefert wird, ist noch nicht entschieden.

„Das BMWET erarbeitet aktuell gemeinsam mit dem BMLV unterschiedliche Modelle, mögliche Rahmenbedingungen und den rechtlichen Rahmen.“

Ein Ministeriumssprecher zur geplanten nationalen Rüstungsagentur

abwicklung nicht prüfen kann, ob die versprochenen Gegengeschäfte auch tatsächlich erfüllt werden.“ In der Vergangenheit sei genau das passiert: Bewertung und Vollzug hätten nicht zusammengesamt.

Europa rüstet auf – Österreich zieht nach. „Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter – nicht nur national, sondern auch europäisch“, sagt Marboe. Hintergrund sind geopolitische Entwicklungen seit 2022, aber auch ein generelles Umdenken in der sicherheitspolitischen Architektur Europas. Die Zahlen untermauern den Trend: Die EU hat bis 2035 rund 800 Milliarden Euro für Verteidigungsausgaben budgetiert. Österreich plant, seinen Verteidigungshaushalt bis 2032 von derzeit 0,9 auf 2 Prozent des BIP zu steigern – eine Verdoppelung, die mit einem Investitionsvolumen von etwa 16 Milliarden Euro einhergeht.

Doch das hat seinen Preis. „Die berühmte Friedensdividende, von der Altkanzler Wolfgang Schüssel zuletzt sprach, ist Geschichte“, so Marboe. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs haben sich europäische Staaten mehr als 2.000 Milliarden Euro an Verteidigungsausgaben erspart – vor allem, weil die USA als Sicherheitsgarant fungierten. „Das ist vorbei. Europa muss selbst Verantwortung übernehmen.“

Positionierung heimischer Unternehmen. Für heimische Betriebe, insbesondere im Maschinenbau, in der Elektronik oder im Bereich Dual-Use-Technologien, ergeben sich dadurch neue Chancen. „Es gibt Nischenplayer in Österreich, die

man nicht sofort auf dem Radar hätte, die aber heute schon in internationalen Lieferketten integriert sind“, erklärt Marboe. Dazu zählen etwa Unternehmen im Bereich elektromagnetischer Schutzsysteme, Antennentechnologien oder Cybersicherheit.

Neben der technischen Kompetenz sind aber auch hohe Sicherheitsanforderungen zu erfüllen – in der Kommunikation, in der Fertigung, in der Datenhaltung. Für kleinere und mittlere Unternehmen mit innovativen Technologien könne das eine Hürde sein – müsse aber keine sein, wenn entsprechende Partnerschaften gesucht und gefördert werden. Essletzichler: „Es wird entscheidend sein, wie sich österreichische Unternehmen in diesen neuen Beschaffungslogiken positionieren. Die Zeit, sich damit auseinanderzusetzen, ist jetzt.“

Effizienz als Prüfstein. Bleibt die Frage, ob die nun einsetzende Beschaffungswelle auch effizienter verlaufen wird als in der Vergangenheit. Marboe verweist auf Deutschland, das mit dem „Bundeswehr-Beschaffungsbeschleunigungsgesetz“ (BwBBG) bereits 2022 ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht hat, um Genehmigungs- und Beschaffungsprozesse zu verkürzen. Auch auf EU-Ebene sei das Bewusstsein vorhanden, dass Geschwindigkeit entscheidend sei.

Österreich sei im Vorteil, weil durch die kleinere Struktur eine flexiblere Organisation möglich sei. Erste Vorarbeiten, Marktscreenings und interne Vorbereitungen seien bereits erfolgt, bestätigen beide Juristen. Die neu geplante Rüstungsagentur – eine Initia-



Deutschland hat mit dem BwBBG bereits 2022 ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um Genehmigungs- und Beschaffungsprozesse zu verkürzen.“

Philipp J. Marboe, Rechtsanwalt, Wolf Theiss

tive des Wirtschaftsministeriums – soll künftig Transparenz und Compliance bei Offset-Geschäften sicherstellen. Noch ist unklar, wie weitreichend ihre Kompetenzen sein werden. Das BMWET erarbeite hier aktuell gemeinsam mit dem BMLV „unterschiedliche Modelle, mögliche Rahmenbedingungen und den rechtlichen Rahmen“, heißt es im Wirtschaftsministerium auf INDUSTRIEMA-GAZIN-Anfrage.